

Anlage



**Baden-Württemberg**  
INNENMINISTERIUM

Innenministerium Baden-Württemberg • Pf. 10 24-43 • 70020 Stuttgart

**KASIG** -  
Karlsruher Schieneninfrastruktur-  
Gesellschaft mbH  
Kriegsstr. 100  
76133 Karlsruhe

Datum: 18.12.2008  
Name: Jürgen Gelger  
Durchwahl: 0711 231-5725  
Aktenzeichen: 7-9895,01-03/217  
(Bitte bei Antwort angeben)

Zuwendungen für Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Gemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)  
08 G 155 T: Verkehrsprojekt Kombi-Lösung  
Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Südabzweig und  
Straßenbahn in der Kriegstraße mit Straßentunnel

Antrag vom 30.11.2004

Anlagen

- Prüfbericht vom 01.08.2008
- Schreiben des IM, Referat 73 an Referat 72 vom 15.08.2008
- Antragsmehrfertigung (30.11.2004)
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an nichtkommunale Antragsteller - ANBest-P -
- Baufachliche Nebenbestimmungen - NBest-Bau -

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat mit Schreiben vom 08.12.2008, Az. E14 (B)/5152.5/3-08 G 155 T/004270, gegenüber dem Land Baden-Württemberg die Programmaufnahme für das Vorhaben 08 G 155 T - Stadtbahn Karlsruhe, Innenstadterschließung mit nachfolgendem Inhalt erklärt:

„Ich bin bereit, das beantragte Vorhaben wie folgt in das Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufzunehmen. Dabei handelt es sich um eine Aufnahme des gesamten Vorhabens; d. h. der

Bund ist unter den genannten Bedingungen bereit, das Vorhaben mit Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm anteilig zu finanzieren:

Das Teilprojekt Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Stalabzweig Ettlinger Straße wird zunächst mit zuwendungsfähigen (zweif.) Kosten in Höhe von 296.375.777 € endgültig in das Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG (Kategorie „a“) aufgenommen. Durch Sie beantragt wurden 301.444.976 €. Die GVFG-Förderung im Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG beträgt 60 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Die korrespondierenden Gesamtkosten betragen dabei 332.959.790 €.

Für dieses Teilprojekt wurden zweif. Kosten in Höhe von 5.069.199 € zunächst nicht in die Kategorie „a“ des Programms gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufgenommen. Sie verbleiben in der Kategorie „c“ (bedingt aufgenommen) des vor genannten Programms. Über die Aufnahme dieses Betrages in die Kategorie „a“ des vor genannten Programms kann durch das BMVBS nur nach einer weiterführenden Darstellung der jeweiligen Sachverhalte befunden werden.

Das Teilprojekt Straßenbahn in der Kriegsstraße mit Straßentunnel habe ich zunächst mit zweif. Kosten in Höhe von 133.312.437 € vorläufig (Kategorie „b“) des Programms gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufgenommen. Durch Sie beantragt wurden 135.030.781 €.

Die korrespondierenden Gesamtkosten betragen hierbei 162.445.874 €.

Für dieses Teilprojekt beantragte zweif. Kosten in Höhe von 1.718.344 € wurden dabei nicht in die Kategorie „b“ des Programms gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufgenommen. Sie verbleiben in der Kategorie „c“ des vor genannten Programms.

Ich bitte Sie, meine nachfolgenden Anmerkungen und Gründe für die Reduzierung der beantragten zweif. Kosten für beide Teilprojekte zu beachten.

Grundsätzlich schließe ich mich den Prüfbemerkungen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH – NVEW - vom 01.08.2008 sowie den Eintragungen im Kostenanschlag und in den Plänen in Verbindung mit Ihrer Stellungnahme vom 15.08.2008 an.

Folgende Anmerkungen sowie Gründe für die Reduzierung der zwf. Kosten teile ich Ihnen mit:

Die Jahresraten der Bundesfinanzhilfen für das Vorhaben ergeben sich aus dem jeweils gültigen Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG. Gegebenenfalls sind Zwischenfinanzierungen erforderlich. Ich weise darauf hin, dass die Laufzeit des Bundesprogramms nach § 6 Abs. 1 GVFG längstens bis zum Jahr 2019 andauert und eine nicht bis dahin erfolgte anteilige Finanzierung aus Bundesfinanzhilfen nach dem GVFG dann durch das Land Baden-Württemberg sicher zu stellen ist (Hinweise auf die Ziffern 1.2, 1.4, 1.9 und 2.1 dieses Bescheides).

Anhand der vorgelegten Antragsunterlagen sowie des Prüfberichts vom 01.08.2008 gehe ich davon aus, dass die Notwendigkeit des gewählten Konzeptes einschließlich der Gleisamierung von zwei auf vier Gleise im Innenstadtbereich von Karlsruhe ausführlich und nachhaltig belegt ist.

Das Teilprojekt „Oberirdische zweigleisige Straßenbahnstrecke in der Kriegsstraße mit Straßentunnel“ wird zunächst vorläufig in das Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG (Kategorie „b“) aufgenommen.

Aufgrund der Ausführungen im Prüfbericht der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg vom 01.08.2008, Seite 30/31, sowie der „Ergänzenden Untersuchung mit Variantenvergleich zur verkehrlichen Notwendigkeit der Straßenbahn in der Kriegsstraße mit Straßentunnel“ vom 20.05.2008 und anderer Untersuchungen sollte zum gegebenen Zeitpunkt in zeitlicher Nähe zum Baubeginn der Kriegsstraße – etwa 2014 – geprüft werden, ob nicht doch eine oberirdische Lösung für Individual- und öffentlichen Personennahverkehr bei Verzicht auf den Straßentunnel in der Kriegsstraße möglich ist. Sollte eine weniger hohe Verkehrsbelastung für den motorisierten Individualverkehr (MTV) an den Knotenpunkten sowie auf der Strecke für den Prognosehorizont 2020 eintreten, ist dann zu prüfen, ob eine solche Lösung angemessen, wirtschaftlich und sparsam ist.

Sollten jedoch anderweitige Gründe (z. B. Platzbedarf oder Binordnung „Stadtbahn-  
bahntunnel Bittlinger Straße“) einen Verzicht auf einen Straßentunnel in der Kriegsstraße in

Frage stellen bzw. erschweren, stelle ich Ihnen anheim, mir hierzu die erforderlichen Nachweise vorweg beizubringen.

Weiter unterstelle ich, dass die insgesamt vorgesehene Aufzüge und Fahrtreppen in den Haltestellen dem Bedarf angemessen und für die zu erwartenden Anforderungen dimensioniert sind. Ferner wird davon ausgegangen, dass die Einordnung dieser Anlagen sowie der Treppen in den einzelnen Ebenen verkehrssicher erfolgt. Gleiches setze ich für die Gestaltung aller Bahnsteige voraus.

Auf den Abschlussbericht der Antragsbehörde im Anhörungsverfahren zur Planfeststellung Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Südabzweig Ettlinger Straße weise ich hin.

Ferner gehe ich anhand der übermachten Unterlagen davon aus, dass mit Ihrer Beschäftigung zur Erfüllung der Fördervoraussetzungen nach § 3 GVFG auch die Komplementärfinanzierung zur Bundesfinanzhilfe gesichert ist (Hinweis auf Ziffer 2.1 dieses Bescheides).

Darüber hinaus gehe ich davon aus, dass Stoff Deckgewinne dem Vorhaben gutgeschrieben werden. Ergänzend wäre durch Sie darzutragen, was nach dem Einsatz der Tunnel-Vortriebs-Maschine in Kaelarube mit dieser Maschine geschieht, und ob hierfür dem Vorhaben noch Kosten gutzuschreiben sind.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass bei gravierenden Kostensteigerungen die Gefahr besteht, dass dem Vorhaben angesichts des knappen Nutzen-Kosten-Indikators die Fördervoraussetzungen entzogen werden (Hinweis auf Ziffer 2.4 dieses Bescheides).

Ich gehe davon aus, dass den verkehrlichen, baulichen und technischen Lösungen insbesondere durch die zuständigen Technischen Aufsichtsbehörden sowie zuständigen Straßenbehörden zugestimmt wird. Ferner gehe ich davon aus, dass Baurecht hergestellt wird. Hierbei unterstelle ich bezüglich des Bebauungsplans, dass das entsprechende Verfahren ausreichende Rechtsicherheit gewährleistet.

Die Höhe der zwf. Kosten für die Zuwegungen zu zwei kommerziellen Verkaufseinrichtungen

am Europaplatz und je eines an der Kaiserstraße/Lammstraße sowie am Ettlinger Tor wird jeweils um 127.500 € gekürzt. Dies begründet sich aus der Vorgehensweise gemäß dem Prüf-  
ergebnis für den Zugang „Breuninger“ (siehe Seite 2 der Kostenzusammenstellung A → III  
Teilmaßnahme Haltestelle Europaplatz), wo aufgrund nicht förderfähiger Bestandteile die  
zwf. Kosten um 30 % für die Zuwegung zu einer kommerziellen Einrichtung reduziert war-  
den. Das muss analog auch für Zuwegungen zu anderen kommerziellen Einrichtungen gelten,  
da es sich um Gemeinschaftsbauwerke handelt, deren Zuwegungen sowohl im öffentlichen  
wie auch privaten Interesse liegen. Auf die GVFG-Richtlinie „Gemeinschaftsbauwerke“ vom  
03.03.1977 wird hingewiesen. Damit werden die zwf. Kosten für diese Positionen um  
510.000 € gekürzt.

Auf den Streckenabschnitten am Europaplatz (ca. 150 m Länge) und der Durlacher Allee (dy-  
namischer Bereich, rd. 200 m lang) ist der nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 GVFG geforderte besondere  
Bahnkörper nicht vorhanden. Daher werden die zwf. Kosten vorerst pauschal um 700.000 €  
gekürzt. Ferner unterstelle ich, dass der Streckenabschnitt der Kaiserstraße zwischen Kronen-  
platz und Durlacher Tor von der Technischen Aufsichtsbehörde als ein besonderer Bahnkörper  
anerkannt wird.

Die als zwf. beantragten Verwaltungskosten für das „Stadtbahntrasse-Teilprojekt“ in Höhe  
von 12.485.992 € (ca. 35 % der gesamten Verwaltungskosten) können in dieser Höhe nicht  
anerkannt werden. Gemäß dem FAK-Beschluss vom 05.06.1997 sowie der Erörterung im  
FAK am 26.03.2003 sind den zwf. Kosten lediglich die Leistungsphasen 5, 6 und 9 der Ver-  
ordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und der Ingenieure (Honorarvor-  
schrift für Architekten und Ingenieure) – HOAI – zurechenbar. Diese Leistungsphasen machen  
nach § 55 HOAI insgesamt eine Höhe von 28 % aller beantragten Kosten aus. Damit sind von  
beantragten zwf. Verwaltungskosten von insgesamt 12.485.992 € Kosten in Höhe von  
2.497.199 € abzusetzen. Als zwf. Kosten (Kategorie „II“) im Programm gemäß § 6 Abs. 1  
GVFG verbleiben für diese Position 9.988.793 €.

Für das Teilprojekt „Kriegsstraße“ mit beantragten zwf. Verwaltungskosten von 6.091.720 €  
gilt dies ebenso. Daher wurden zwf. Verwaltungskosten in Höhe von 1.218.344 € nicht nach

Kategorie „b“ aufgenommen worden. Als zwf. Kosten (Kategorie „b“) im Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG verbleiben für diese Position 4.873.376 €.

Für den unterirdischen straßenseitigen Anschluss des ICE-Centers in der Kriegsstraße ist anhand der Antragsunterlagen keine Kostenbeteiligung der kommerziellen Einrichtung zu erkennen. Im Zusammenhang mit dem Teilprojekt „Kriegsstraße“ wäre gegebenenfalls darzulegen, warum hierauf verzichtet wurde. Zunächst werden zwf. Kosten in Höhe von 500.000 € nicht nach Kategorie „b“ des Programms gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufgenommen.

Aufgrund des Schreibens der KASIG vom 31.10.2008 wird davon ausgegangen, dass nunmehr insgesamt 6 Fahrtreppen weniger als im Prüfbericht der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW) vom 01.08.2008 ausgewiesen worden sind, benötigt werden. Unter Zugrundelegung des in der geprüften Kostenzusammenstellung mit Stand vom 25.06.2008 genannten Einheitspreises von 227.000 € je Fahrtreppe werden zwf. Kosten in Höhe von 1.362.000 € abgesetzt.

Ich gehe grundsätzlich von Folgendem aus:

- Das endgültig in das Programm (Kategorie „n“) aufgenommene Bauvorhaben ist voll durchgeplant. Kostenerhöhungen können nur noch durch Lohn- und Preissteigerungen entstehen. Die Fördervoraussetzungen gemäß § 3 GVFG sind erfüllt.
- Bedingungen für die Programmaufnahme, wie z. B. Einschränkungen des Vorhabenumfangs, Reduzierungen der zuwendungsfähigen Kosten, Festsetzung eines bestimmten Höchstbetrages usw., gelten uneingeschränkt weiter, auch wenn bei der Beantragung und Genehmigung von Nachträgen darauf nicht besonders eingegangen wird.
- Im Rahmen der Vorplanungen auf der Grundlage eines Gutachters eines anerkannten Ingenieurbüros haben sich weiterhin keine Hinweise auf eventuelle Bodenkontaminationen ergeben.

Die Jahresraten der Bundesfinanzhilfen ergeben sich aus dem jeweils gültigen Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG. Die Zusage der Bundesfinanzhilfen 2009 erfolgt mit besonderem Schreiben.“

Aufgrund des Programmaufnahmeschreibens des BMVBS, dessen Inhalt (Auflagen und Bedingungen) Bestandteil dieses Bescheides sind, wird nachfolgender Zuwendungsbescheid erlassen:

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist bereit, den Teilbereich der o.g. Maßnahme „Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Südabzweig“ im Vorgriff auf die spätere Förderung nach der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (VwV-GVFG) vom 10.04.1988 (GABl. S. 425) in der Fassung der VwV-Entflechtungsgesetz vom 04.04.2007 (GABl. S. 198) in Verbindung mit dem Ministerratsbeschluss vom 27.04.2004 und den beiliegenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P -) sowie den Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) in das Programm gemäß § 6 Abs. 1 GVFG aufzunehmen. Die zuwendungsfähigen Kosten belaufen sich für das o.g. Teilprojekt vorläufig auf insgesamt 298.375.777,- €.

1.1 Die Zuwendung für das o.g. Teilprojekt wird vorläufig auf insgesamt

**177.826.466,- €**

(I.W.: einhundertsebenundsiebzig Millionen achthundertfünfundzwanzigtausendvierhundertsechundsechzig Euro)

festgesetzt. Die Ermittlung der Höhe der Zuwendung ergibt sich aus Nr. 1.6 dieses Bescheides.

1.2 Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum, d.h. der Zeitraum, in dem Ausgaben durch den Zuwendungsempfänger geleistet werden können, erstreckt sich vom Erlass dieses Bewilligungsbescheides bis 31.12.2010.

1.3 Maßnahme

Die Gesamtmaßnahme „Verkehrprojekt Kombi-Lösung Karlsruhe“ sieht die Realisierung folgender beider Teilprojekte vor:

- Teilprojekt Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Südabzweig Ettlinger Straße
- Teilprojekt Straßenbahn in der Kriegstraße mit Straßentunnel.

Gegenstand dieses Bewilligungsbescheids ist das 1. Teilprojekt „Stadtbahntunnel Kaiserstraße mit Südabzweig Ettlinger Straße“. Der Antrag sowie der Prüfbericht der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW) vom 01.08.2008 sind Bestandteil dieses Bescheides.

1.4 Finanzierungsart und Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Zuschuss im Wege der Antellefinanzierung gewährt und ist für die unter Nr. 1.3 genannte Maßnahme zweckgebunden.

Aufgrund des Auslaufens des GVFG-Bundesprogramms im Jahr 2019 ist die Förderung der Maßnahme im GVFG-Bundesprogramm bis zum 31.12.2019 begrenzt. Eine Übernahme von evtl. bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgerufenen Bundesmitteln durch das Land ist ausgeschlossen.

1.6 Kosten des Vorhabens, zuwendungsfähige Ausgaben:

Gesamtkosten des Teilbereichs Stadtbahntunnel Kaiserstraße lt. Prüfbericht der NVBW vom 01.08.2008 332.868.790,-- €

Zuwendungsfähige Gesamtkosten hieraus vorläufig festgestellt auf 298.375.777,-- €

Antellefinanzierung (GVFG-Bundeszuschuss)  
89 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben 177.825.466,-- €

1.7 Das Verhältnis der zuwendungsfähigen Ausgaben/Gesamtkosten beträgt 89,01 v.H.



- 1.9 Für das o.g. Teilprojekt werden zuwendungsfähige Kosten i.H.v. 5.059.100,- € zunächst nicht endgültig in das Programm gemäß § 8 Abs. 1 GVFG (Kategorie A) aufgenommen. Sie verbleiben in der Kategorie C (bedingt aufgenommen) des vorgenannten Programms. Über die Aufnahme dieses Betrags in die Kategorie A kann durch das BMVBS nur nach einer weiterführenden Darstellung der jeweiligen Sachverhalte befunden werden.

Das Teilprojekt „Straßenbahn in der Kriegsstraße mit Straßentunnel“ wird zunächst mit zuwendungsfähigen Kosten i.H.v. 133.312.437,- € vorläufig (Kategorie B) des vor genannten Programms aufgenommen. Die Gesamtkosten für das Teilprojekt betragen lt. Prüfbericht der NVBW vom 01.08.2006 162.446.874,- €, Für dieses Teilprojekt beantragte zuwendungsfähige Kosten i.H.v. 1.718.344,- € werden dabei nicht in Kategorie B des vor genannten Programms aufgenommen, sondern verbleiben in Kategorie C.

- 1.9 Der Zuwendungsempfänger teilt der Bewilligungsstelle umgehend schriftlich mit, wann die erste Auftragsvergabe erfolgt ist.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Zuwendungsmittel des Bundes zeitnah, d. h. entsprechend dem vorgelegten Kosten- und Finanzierungsplan bereit gestellt werden können und es damit zu Vorleistungen des Zuwendungsempfängers kommen kann. Eventuell anfallende Vorfinanzierungskosten sind nicht zuwendungsfähig. Die in den folgenden Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Mittel werden dem Zuwendungsempfänger durch separate Bewilligungsbescheide mitgeteilt.

## 2. Nebenbestimmungen

- 2.1 Die Zuwendung wird im Wege der Anteilsfinanzierung gewährt und wird auf 60 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben (GVFG-Bundesanteil) begrenzt.

Der Finanzierungsanteil des Landes Baden-Württemberg an dieser Maßnahme wird durch einen gesonderten Finanzierungsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft mbH (KASIG) und der Stadt Karlsruhe geregelt.

- 2.2 Die Bewilligungsstelle kann den Zuwendungsbescheid insbesondere ganz oder teilweise widerrufen und bereits gewährte Zuwendungen zurückfordern, wenn der Zuwendungsempfänger die Mittel nicht entsprechend dem Zweckverwendungszweck verwendet oder die geförderte Maßnahme innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, gerechnet ab dem auf die Inbetriebnahme folgenden Kalenderjahr, dem Zweckverwendungszweck ganz oder teilweise entfremdet. Der Zuwendungsbescheid ist grundsätzlich zurückzunehmen, wenn die erste Auftragsvergabe vor Erteilung des Zuwendungsbescheids erfolgt ist, ohne dass der vorzeitige Baubeginn zugelassen war.
- 2.3 Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheids sowie als Folge hiervon die Rückforderung und Verzinsung der Zuwendungen richten sich nach dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz (vgl. insbesondere §§ 43, 48, 49 und 49 a LVwVfG) i. d. F. des Gesetzes v. 12.04.2005 (GBl. S. 350) oder nach anderen vorgehenden Rechtsvorschriften.
- Die Zuwendung ist danach zu erstatten und zu verzinsen, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird; vgl. Nr. 8 ANBest-P.

Es wird darauf hingewiesen, dass der für die Verzinsung nach Ziff. 8.5 ANBest-P maßgebliche Zinssatz durch Änderung des § 40a LVwVfG seit 01.03.2005 um 5 Prozentpunkte über dem Basiszins nach § 247 BGB liegt.

- 2.4 Sollten die bei der Prüfung des Antrages festgestellten Kosten überschritten werden oder wird eine erforderlich, ist unverzüglich ein Ergänzungsbetrag mit den für seine Beurteilung notwendigen Unterlagen vorzulegen.
- 2.5 Die Maßnahme gilt mit der Abnahme der wesentlichen Bauteile als beendet.
- 2.6 Die im Antrag vom 30.11.2004 (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sowie die in § 4 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) genannten Umstände, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und weiter Gewährung oder Belassen der Zuwendung maßgeblich sind, sind subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, der Bewilligungsstelle alle Tatsachen, die der Bewilligung, Weiterbewilligung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder die für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen.

3. Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts, erhoben werden.

Prof. Dr. Pätzold